



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 6. November 2009 (13.11)
(OR. en)**

15586/09

COPEN 224

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Normunds Popens, Ständiger Vertreter, Ständige Vertretung Lettlands bei der Europäischen Union
Empfänger:	Referat 2B – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Direktion 2 – Justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und in Strafsachen, Generaldirektion H – Justiz und Inneres, Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union
<u>Betr.:</u>	Rahmenbeschluss 2006/783/JI vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen – Notifizierungsschreiben Lettlands

Die Delegationen erhalten in der Anlage ein Notifizierungsschreiben Lettlands.

Betr.: Durchführung des Rahmenbeschlusses 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen

Am 14. Juli 2009 ist ein Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung in Kraft getreten, mit dem der Rahmenbeschluss 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen (im Folgenden "Rahmenbeschluss" genannt) durchgeführt wird. Da im Rahmenbeschluss vorgesehen ist, dass jeder Mitgliedstaat mitteilt, welche zentrale Behörde für die Vollstreckung von Einziehungsentscheidungen zuständig ist, und eine Erklärung betreffend die Sprache, in der er Bescheinigungen akzeptiert, sowie den Text der Rechtsvorschriften übermittelt, mit denen er die Verpflichtungen aus dem Rahmenbeschluss in innerstaatliches Recht umsetzt, möchten wir folgende Informationen vorlegen.

Nach Artikel 3 des Rahmenbeschlusses teilt jeder Mitgliedstaat dem Generalsekretariat des Rates mit, welche Behörde nach seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften für den Erlass und die Vollstreckung von Einziehungsentscheidungen zuständig ist. Außerdem kann jeder Mitgliedstaat, wenn sich dies aufgrund seiner internen Organisation als erforderlich erweist, eine oder mehrere zentrale Behörden auswählen, die für die administrative Übermittlung und Entgegennahme der Einziehungsentscheidungen und für die Unterstützung der zuständigen Behörden verantwortlich sind. Somit teilen wir mit, dass die zuständige vollstreckende Behörde in Lettland das Stadtgericht (Kreisgericht) und die für den Erlass zuständige Behörde das Gericht ist. Ferner teilen wir mit, dass die zentrale Behörde das Justizministerium der Republik Lettland ist.

Nach Artikel 19 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses kann jeder Mitgliedstaat bei der Annahme dieses Rahmenbeschlusses oder zu einem späteren Zeitpunkt in einer beim Generalsekretariat des Rates hinterlegten Erklärung angeben, dass er eine Übersetzung in eine oder mehrere andere Amtssprachen der Organe der Europäischen Gemeinschaften akzeptiert.

Somit teilen wir mit, dass die in Artikel 4 des Rahmenbeschlusses vorgesehene Bescheinigung von Lettland in lettischer Sprache akzeptiert wird.

Außerdem sind die Mitgliedstaaten nach Artikel 22 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses verpflichtet, dem Generalsekretariat des Rates und der Kommission den Wortlaut der Bestimmungen mitzuteilen, mit denen sie die sich aus diesem Rahmenbeschluss ergebenden Verpflichtungen in ihr innerstaatliches Recht umgesetzt haben. Daher fügen wir einen Auszug aus der Strafprozessordnung mit den Kapiteln 71 und 72 des Teils C bei (Internationale Zusammenarbeit im strafrechtlichen Bereich), ergänzt durch die Abschnitte 785¹, 801⁸, 801⁹, 801¹⁰, 801¹¹, 801¹², 801¹³, 801¹⁴, 801¹⁵, 801¹⁶, 809¹, 810⁴, 810⁵, 810⁶ und 810⁷.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Frau Inga MELNACE, Stellvertretende Direktorin, Referat Strafrecht, Justizministerium (Tel: +371 67046102, E-Mail: inga.melnace@tm.gov.lv)

- Anlagen: 1. Lettlands Notifizierung und Erklärung (1 Seite)
2. Auszug aus der Strafprozessordnung (17 Seiten)

(Schlussformel)

Im Auftrag des Ständigen Vertreters

Jānis Sīlis

Botschaftsrat

***Notifizierungen und Erklärung der Republik Lettland gemäß dem Rahmenbeschluss 2006/783/JI
des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen
Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen***

Rahmenbeschluss, Artikel 3:

Zuständige Behörde in Lettland als Vollstreckungsstaat: jedes Kreisgericht (Stadtgericht)

Zuständige Behörde in Lettland als Entscheidungsstaat: jedes Gericht

Zentrale Behörde:

Tieslietu ministrija (Justizministerium)

Brīvības bulv. 36 - Riga

LV-1536

Lettland

Tel.: +371 67036801

+371 67285575

Fax: +371 670720823

E-Mail: tm.kanceleja@tm.gov.lv

Rahmenbeschluss, Artikel 19 Absatz 2:

Lettland akzeptiert zur Vollstreckung Einziehungsentscheidungen in lettischer Sprache.
